

Evangelische Verantwortung

Mitgestalten in der Demokratie Vom Individualismus zum Gemeinwohl

Wolfgang Schäuble

In der Demokratie sind die öffentlichen Angelegenheiten die Sache aller, die Sache jedes einzelnen. Der alte Satz gilt unverändert: *tua res agitur*, es ist deine eigene Sache, die hier verhandelt wird. Demokratisches Engagement erschöpft sich nicht darin, alle vier Jahre zur Wahl zu gehen. Natürlich steht es jedermann frei, sich nicht zu engagieren, so wie es auch jedermann freisteht, nicht zur Wahl zu gehen. Aber die Demokratie lebt davon, daß es Menschen gibt, die sich beteiligen, die politisch aktiv wer-

den, Parteien beitreten, für Ämter und Mandate zur Verfügung stehen. Und je mehr Menschen sich in dieser Weise engagieren, um so kräftiger, um so stabiler und lebendiger ist diese Demokratie.

Nun gibt es in unserer Gesellschaft zwar viel spontanes Engagement, die Bürger in unserem Land engagieren sich schnell in großer Bewegung für Menschen, denen es schlecht geht, zur Bekämpfung von Not und Elend in der Welt. Das ist gut so und sehr zu begrüßen. Aber wenn die Anteilnahme und das Mittun

dauerhaft sein soll, wenn es über Jahr und Tag aufrechterhalten werden soll, dann wird es sehr viel schwieriger. So war es ja auch im vereinten Deutschland. Es gab die große Aufbruch- und Umbruchsituation 1989/90, und dann ist allzu schnell wieder der Alltag eingeleitet und an die Stelle der anfänglichen Begeisterung und der spontanen Solidarität traten Sorgen, Ängste, auch so manche Egoismen. Dauerhafte Beteiligung und Anteilnahme überfordert die meisten wohl, weil der Mensch nun einmal dazu neigt, träge zu sein. Es ist sicher ein entscheidender Vorteil der De-



Vor vier Jahren am 3. Oktober 1990 feierten Millionen Deutsche die Einheit. (dpa)

Inhalt

- 4 Christlicher Glaube und Radikalismus – Erinnerung an Hermann Ehlers
- 6 Bevölkerungswachstum und Entwicklung
- 11 Impulse für die Weltbevölkerungskonferenz in Kairo
- 14 Kurz notiert
- 14 Bücher
- 15 Aus unserer Arbeit

mokratie, daß sie anders als andere Staatsformen den Menschen so nimmt, wie er von Natur aus ist; aber dieser Vorteil hat eben auch eine Kehrseite.

Aufgaben der repräsentativen Demokratie

Die zentrale Frage lautet daher, wie man eine staatliche Gemeinschaft so organisiert, daß sie nicht nur spontan, für kurze Zeit funktioniert, sondern daß sie auf Dauer funktioniert. Dauerhaft funktionieren kann sie nur, wenn sie feste Einrichtungen besitzt, Organe, die dazu berufen sind, in ihrem Namen und Auftrag zu handeln. Sie kann also immer nur handeln durch Repräsentation, indem einzelne oder einige wenige, die dazu legitimiert sind, für alle handeln. Dies gilt übrigens für Formen der Rätedemokratie oder der sogenannten „Basisdemokratie“ ganz genauso wie für die parlamentarische Demokratie: Die Gesamtheit kann nur handeln durch Organe, durch Vertreter, in welcher Form auch immer.

Eine zweite Frage ist dann, wie diese Organe, wie die Vertreter legitimiert sind; für die parlamentarische Demokratie bedeutet dies Legitimation durch Wahlen. Es geht aber auch um die Frage der Erneuerbarkeit, daß sich die Systeme nicht so verfestigen, daß sich nichts mehr bewegt und verändern läßt. Die diktatorischen Systeme in der Vergangenheit und in der Gegenwart haben sich immer darauf konzentriert, sicherzustellen, daß sie an der Macht bleiben. Die Demokratie sucht dagegen die Möglichkeit des Wechsels zu institutionalisieren, sie versucht, die Macht zu begrenzen, und sie tut dies in erster Linie, indem sie den Streit organisiert. Die Menschen sind im Grunde wohl eher harmoniebedürftig. Was an den politischen Parteien daher vorrangig kritisiert wird, das ist der ewige Streit. Das

ist aber eine falsche Sicht der Dinge, denn der Streit ist nichts Negatives, sondern er begrenzt die Macht und sichert die Möglichkeit zum Wechsel.

Schwächen in der Demokratie

Insofern scheint mir die Sorge, daß die Regierenden oder auch die politischen Parteien zu stark und zu mächtig werden könnten, unter den Bedingungen der repräsentativen Demokratie, wie wir sie in der Bundesrepublik Deutsch-



Stabile Brücken bauen – Engagement für die Zukunft unserer Kinder.

land erfolgreich praktizieren, nicht sehr berechtigt zu sein. Meine Sorge ist vielmehr, ob in unserem demokratischen System noch hinreichend politische Führung möglich ist. Ich habe die Sorge, daß unsere Demokratie dadurch gefährdet ist, daß Regierungen zu schwach werden könnten, daß sie nicht mehr genügend Durchsetzungsvermögen aufbringen könnten. Es ist in über vier Jahrzehnten Nachkriegszeit außerordentlich schwer geworden, in

Deutschland das für richtig Erkannte auch zügig und konsequent durchzusetzen, von grundlegenden Neuausrichtungen in Politik und Gesellschaft ganz zu schweigen. Die Mühen, die es kostet, auch nur zu Neuregelungen etwa beim Rabattgesetz oder beim Schlechtwettergeld zu kommen, mögen als Beispiel dienen. Wenn uns die Zukunft unseres Landes am Herzen liegt, dann dürfen wir aber keine Entscheidungen treffen, die im wesentlichen nur darin bestehen, daß wir die Dinge so weiterlaufen lassen wie bisher.

Die Beharrungstendenzen der Institutionen, die Schwerfälligkeit der Abläufe ist sicher eines unserer gravierendsten Probleme. Bis zu einem gewissen Grade ist dies Ausfluß einer auf Machtbegrenzung angelegten Verfassungsordnung. Es ist aber auch Ausfluß der Verfassungswirklichkeit in der modernen Medien-demokratie, die diesen Effekt der Machtbegrenzung noch verstärkt. Es ist ja keineswegs so, daß Abgeordnete und Mandatsträger in Bund, Ländern und Gemeinden nach den Wahlen einen Blankoscheck für vier Jahre ausgestellt bekommen, nach dem Motto, jetzt seid ihr gewählt, jetzt habt die Mehrheit, jetzt kommt ihr machen, was ihr für richtig haltet. Vielmehr gibt es die permanente Begleitung durch die Medien, die ihre legitime Kontrollfunktion selbstbewußt und intensiv wahrnehmen, und die einen permanenten Zwang zur Rechtfertigung auf den handelnden Politiker ausüben, was die Formulierung von politischen Initiativen auch „gegen den Strom“ nicht gerade erleichtert. Die Durchsetzung politischer Entscheidungen - wenn es das Wohl der Allgemeinheit gebietet, auch gegen Verbandsinteressen und veröffentlichte Meinung -, das scheint mir das eigentliche Problem zu sein, mit dem wir heute zu kämpfen haben.

Ich glaube nicht, daß wir dieses Problem mit basisdemokratischen Elementen besser lösen können. Damit will ich kei-

neswegs sagen, daß wir nicht mehr Durchlässigkeit und mehr Lebendigkeit in unserem System politischer Willensbildung bräuchten. Das Gegenteil ist richtig - wir brauchen mehr Engagement, mehr Unterstützung, mehr Anregungen und Impulse, um die Neigung unserer politischen und gesellschaftlichen Institutionen zur Erstarrung und Verkrustung aufbrechen zu können. Je mehr Menschen sich in Parteien, aber auch in Verbänden, in Kirchen, in Gewerkschaften engagieren, um so besser für die demokratische Willensbildung und für die Durchsetzung einer zukunftsfähigen Politik in unserem Land. Es ist nur leider auch eine Folge wachsenden Wohlstandes und wachsender Sicherheit, daß man sich heute weniger engagiert als zu früheren Zeiten und lieber andere machen läßt.

Balance zwischen Individualinteresse und Gemeinwohl

Mehr Engagement und mehr Lebendigkeit allein reichen aber nicht aus. Wir müssen auch besser vermitteln, daß es nicht nur darum geht, die eigenen partikularen Interessen und Gesichtspunkte entsprechend engagiert zu vertreten, sondern daß es in der Politik immer auch darum gehen muß, die Zusammen-

hänge in den Blick zu nehmen, die Auswirkungen eigenen Handelns auf die Interessen anderer und die Interessen der Gemeinschaft. Wenn dies gelänge, dann hätten wir eine bessere Chance, die Balance zwischen Individualinteressen und dem Gemeinwohl im Lot zu halten, was ja das eigentliche Problem demokratischer Prozesse ist.

Was wir heute brauchen, das ist Gestaltungsentagement und nicht Verhinderungsentagement, worauf die sogenannten „basisdemokratischen“ Beteiligungsformen im Ergebnis leider fast immer hinauslaufen. Weil konstruktive Gestaltung, verantwortungsbewußte Konsenssuche immer die Sache weniger einzelner und nicht einer anonymen „Basis“ ist, brauchen wir daher eher eine Stärkung des personalen Elements in der Politik als eine Schwächung dieses Elements. Wir brauchen eine Stärkung repräsentativer Elemente in der Verfassung. Das Experimentieren mit plebiszitären Elementen ist nach meiner Überzeugung verfassungspolitisch der falsche Weg.

Denn zumindest in Sachentscheidungen würde uns die Einführung plebiszitärer Elemente in die Verfassungsordnung des Grundgesetzes noch weiter in die Immobilität führen. Die Referendumsdemokratie in der Schweiz ist

dafür ein lebendiges Beispiel. Die Schweiz ist nicht Mitglied der Vereinten Nationen, weil dies in Volksabstimmungen nicht durchzubringen war, sie beteiligt sich aus demselben Grund nicht an Blauhelm-Einsätzen der UNO und sie hat über fünfzig Jahre gebraucht, bis der letzte Kanton, Appenzell-Innerrodern, vor wenigen Jahren das Frauenstimmrecht eingeführt hat. Neben vielem anderen, was man gegen die Einrichtung des Plebiszits anführen kann, ist dieses Element der Trägheit, das Volksabstimmungen unvermeidlich innewohnt, wohl das entscheidende Manko.

Es gibt keinen anderen Weg als den der Stärkung personaler Elemente, der Stärkung des repräsentativen Elements in der parlamentarischen Demokratie, wenn wir die Herausforderungen, vor die wir in einer Zeit tiefgreifender Veränderungen, neuartiger Risiken und Gefährdungen gestellt sind, gut bewältigen wollen. Denn in einer solchen Zeit sind gerade die freiheitlichen Demokratien auf kraftvolle politische Führung existentiell angewiesen. ■

Anm.:

Dr. Wolfgang Schäuble
ist Vorsitzender der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Gute Träume können ermutigen, die Wirklichkeit zu ändern. Ich habe eine „kirchlichen Traum“.

Die Kirche gibt Orientierung in der Vielfalt der Wertangebote unserer Zeit und versucht nicht, Gemeindemitglieder und die Öffentlichkeit zu bevormunden. Die Kirche ist eine geistliche Heimat aller Heimatlosen und stellt keine in sich selbst verliebte Idylle dar. Sie nimmt die Menschen mit ihren Bedürfnissen ernst und schafft keine einfach austauschbaren Programme. Sie hat mit ihren sozialen und diakonischen Aktivitäten ein fachliches und kirchlich-christliches Profil und betreibt keinen Etikettenschwindel. Die Kirche Jesu Christi ist wie eine Insel mit vielfältigem, buntem Leben, vor allem mit vielen Brücken zum Festland.

Hier herrscht ein **menschliches** Klima. Der einzelne wird nicht in „rechte“ oder „linke“ Schubladen sortiert, sondern so angenommen, wie er ist. Alle treffen sich unter dem Kreuz der liebenden Zuwendung und Versöhnung Gottes. Harmonie und Konflikt werden durch versöhnte Unterschiede mit dem Ziel der Neuanfänge und der gemeinsamen Entwicklungsmöglichkeiten überwunden.

Hier herrscht ein **mitmenschliches** Klima. Niemand muß sich im Gremienschwung der Amtskirche verlaufen. Ihre Vertreter und Mitarbeiter sind auch nicht nur mit sich selbst beschäftigt oder damit, sympathische Personen oder Gesinnungsfreunde um sich herum zu sammeln. Gegenseitiger Dienst und der Dienst des Brückenbaus bilden eine Einheit.

Hier herrscht ein **geistliches** Klima. Das Unsichtbare – die Gewißheit, in Gott geborgen zu sein und der persönliche Glaube an Jesus Christus – wird im Menschlichen und Mitmenschlichen sichtbar; das Sichtbare – diakonische Angebote – verweist auf das unsichtbar Göttliche.

Eine Stadt – das Festland – mit solchen möglichen „Inselserfahrungen“ ist keine Stadt ohne Gott, in der alles erlaubt ist und Haß und Liebe nicht mehr unterschieden werden. Und auch keine Stadt der vielen Götter, in der sich letztlich jeder an die Stelle Gottes setzt. In einer Stadt mit Gott hat es jeder einzelne mit in der Hand, ob neue Lebensräume erfahrbar sind, ob der Traum wahr wird. Die neue Wirklichkeit jedenfalls nimmt der Traum bereits vorweg.

Burkhard Budde

Christlicher Glaube und Radikalismus – Erinnerung an Hermann Ehlers

Jochen Bochert

In diesem Monat jährt sich der Todestag des Bundestagspräsidenten Hermann Ehlers, des ersten Bundesvorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, zum vierzigsten Mal. Der Deutsche Bundestag ehrte den am 29. Oktober 1954 Verstorbenen mit der klassischen Formulierung: „Hermann Ehlers hat sich um das Vaterland verdient gemacht.“ Das war keine alltägliche Formel und keine gewöhnliche Anerkennung.

Wenn wir im Jahr 1994 des Lebens und der politischen Leistung von Hermann Ehlers gedenken, so bilden sein 90. Geburtstag und sein 40. Todestag allenfalls den äußeren Anlaß.

Und in der Tat geht es um mehr als nur darum, die Erinnerung bei denen wachzurufen, die ihn noch persönlich gekannt haben und von ihm gefesselt waren. Was Hermann Ehlers bewirkte und zu sagen hatte, weist über seine nur 50jährige Lebenszeit hinaus.

Der Kirchenmann und Jurist Hermann Ehlers zählte zu der Gründergeneration der Bundesrepublik Deutschland. Er wurde in nur vier Jahren als Präsident des Deutschen Bundestages zu einer herausragenden Persönlichkeit unseres Staates. Der gebürtige Oldenburger entstammte einem protestantischen Elternhaus, in dem konservative Gesinnung und vaterländische Verpflichtung untrennbar miteinander verbunden waren.

Diese **innere Verpflichtung und sein Glaube** waren für Hermann Ehlers die **zentralen Bezugspunkte seines Lebens.**

An seinem Wirken läßt sich veranschaulichen, was es bedeutet, als Christ in der Politik zu sein, weshalb die Politik Christen braucht. Ehlers gehörte zu jenen Vätern der Christlichen Demokratischen Union, die die Lehren aus der bedrückenden Vergangenheit beim Neuaufbau der Demokratie in Deutschland eingebracht haben.

Die Frauen und Männer der ersten Stunde waren von einem gemeinsamen Neuanfang in der Union überzeugt. Sie sahen in den christlichen Wertvorstellungen die beste Garantie für den Aufbau eines freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates.

Die Geschichte der Jahre 1919 bis 1949 hatte in Hermann Ehlers tiefe Spuren hinterlassen. Er hatte das Entstehen und den Untergang der Weimarer Republik erlebt. Er hatte es erlebt, wie die erste deutsche Demokratie der Demokratieverdrossenheit vieler ihrer Bürger und dem Ansturm der extremistischen Kräfte, des Kommunismus und des Nationalsozialismus, zum Opfer gefallen war. Er hatte auch die verhängnisvollen Folgen erlebt, mit „Drittem Reich“, mit Krieg und dem Entstehen eines kommunistischen Zwangssystems im Osten Deutschlands.

Deswegen wurde Hermann Ehlers nach 1949 nicht müde, die aus diesen Erfahrungen gewachsenen Grundüberzeugungen laut und vernehmlich zu vertreten. Immer wieder warnte er uns Protestanten, in der Politik nicht wieder abstinent zu bleiben, sondern endlich mitzuwirken an der gemeinsamen Anstrengung für den Staat. Abstinenz vom politischen Geschehen oder bewußte Distanzierung von unserem Staat

- hierfür hatte Ehlers kein Verständnis, da er um die möglichen Folgen wußte.

In seiner ihm eigenen plastischen Ausdrucksweise schrieb Ehlers an einen Pastor, der mehr von der Freiheit selbst hielt als von der sie garantierenden politischen Ordnung: „Es will mir wenig freundlich scheinen, wenn die Evangelischen immer abwartend in den Mauselöchern sitzen und von dort aus mit faulen Kartoffeln schießen.“

Nein, Protest des Protestes wegen, Distanz um der Distanz willen, das war Ehlers' Ding nicht. Seine an uns alle gerichtete **Aufforderung zur Mitarbeit**, zum Engagement in der Politik für unseren Staat **ist heute nach wie vor gültig**.

Ein Blick auf die Diskussion um den **Militärseelsorgevertrag** verdeutlicht die Aktualität dieser Mahnung, die man nicht oft genug wiederholen kann. Auch Ehlers **Haltung zum politischen Radikalismus** war eindeutig und sollte - es ist traurig, daß dies aus aktuellem Anlaß überhaupt betont werden muß - beispielgebend wirken.

„Für mich hat die Militärseelsorge einen hohen Rang, jeder, der daran rüttelt, diskriminiert uns Soldaten und unseren Anspruch auf Betreuung und Begleitung, gerade in Grenzbereichen menschlichen Lebens. Wenn die Kirchen sich da zurückziehen und glauben, sie könnten das von außen mit der linken Hand so nebenher miterledigen, so werden andere das Feld beackern. Deren sittliche Maßstäbe und Weltanschauungen möchte ich nicht vorge setzt bekommen!“

Oberst Strobl, Kdr HFlaS bei seiner Verabschiedung in den Ruhestand am 7. 7. 94 in Rendsburg

Für Hermann Ehlers existierte kein, wie er sagte, „relevanter Unterschied zwischen einem Totalitarismus nationalso-

zialistischer und kommunistischer Herkunft“, für ihn waren jegliche Extremismen gleichermaßen verdammenswert. Die Erfahrungen hatten Ehlers gelehrt, „daß derjenige, der dem politischen Radikalismus den kleinen Finger gibt, nicht davor geschützt ist, daß er ihm in kurzer Zeit die ganze Hand reicht.“

Gefahren von rechts und links

Wir müssen uns heute erneut mit radikalen Strömungen und Gruppierungen auseinandersetzen. Gefahren drohen unserer Demokratie dabei von rechts wie von links. Die vernichtenden Wahlergebnisse der Republikaner und anderer rechtsradikaler Gruppen dürfen uns nicht zur Unterschätzung dieses Gefahrenpotentials verleiten. Erinnern wir uns stets an die mahnenden Worte von Hermann Ehlers: „Den Radikalen nicht einmal den kleinen Finger.“

Diese Mahnung ist heute aktueller denn je: Seit Juli 1994 gibt es in Sachsen-Anhalt eine SPD-geführte Minderheitsregierung, die auf die Unterstützung der PDS angewiesen ist. Die SPD hat damit eine Epoche bundesrepublikanischer Geschichte abrupt beendet.

Bisher - 45 Jahre lang - galt für alle Demokraten in unserem Lande gleichermaßen: Keine Zusammenarbeit mit radikalen Kräften. Für die SPD gilt dieser parteiübergreifende Konsens nun nicht mehr - und das in einer Zeit, in der unser Staat von rechts- und von linksaußen bedrängt, ja in Frage gestellt wird.

Ohne jegliche Skrupel und mit Unterstützung ihres Kanzlerkandidaten hat die SPD in Magdeburg der PDS politische Mitverantwortung zugewiesen, ihr - und damit dem Radikalismus - nicht nur den kleinen Finger, sondern gleich die ganze Hand gereicht. Ausgerechnet der Nachfolgepartei der SED, die Deutschland nur Unheil gebracht, Tote und Verletzte an der Mauer auf dem Gewissen, eine ganze Generation betrogen und ein wirtschaftliches Chaos verursacht hat.

Wem, wenn nicht der über 40 Jahre betriebenen kommunistischen Politik, ha-

ben wir denn die Probleme im Osten unseres Vaterlandes zu verdanken? Daß ausgerechnet die PDS, die die aus diesen Problemen resultierende Unzufriedenheit schürt und davon profitiert, daß diese Partei, die weiterhin unverhohlen kommunistische Ziele verfolgt, überhaupt in politische Verantwortung gebracht wird, ist und bleibt ein ausgeglichenes Schurkenstück!

Die Skrupellosigkeit, mit der die SPD-Führung um der schieren Macht willen den gemeinsamen, von Adenauer, Schumacher und Hermann Ehlers vorgezeichneten Kurs verlassen hat, muß Bestürzung hervorrufen. Bestürzung und die Aufforderung an alle aufrechten Demokraten, das ihrige zu tun, damit der Magdeburger Irrweg nicht nach Bonn führt.

Grundprinzipien eines demokratischen Staates

Erinnern wir uns an dieser Stelle dessen, was Hermann Ehlers über die Prinzipien westlicher Demokratien gesagt hat: „Die Prinzipien der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Menschenwürde sind in den Grundsätzen und der Verfassung unserer demokratischen Staaten verankert. Sie sind verwirklicht zunächst in sehr unvollkommenen Formen, aber sie sind auch die Grundprinzipien, auf denen diese Staaten ihr Leben aufbauen und auf denen wir unser Leben aufbauen wollen. **Darum sind wir aufgerufen, uns zu diesen Prinzipien der Demokratie zu bekennen und alles abzulehnen, was sie vernichtet oder in Frage stellt.**“

Diese Grundprinzipien entstammen dem christlichen Glauben, aus dem Ehlers Hilfestellung und Begründung für sein politisches Handeln bezog. Deshalb auch haben nach seiner Auffassung Christen die Pflicht, ein wirkliches Verhältnis zum Staat zu gewinnen.

Es bleibt das Vermächtnis von Hermann Ehlers, immer wieder ermahnt zu haben, daß Politik im demokratischen Sinne eines ethischen Fundaments, der Bindung an unsere Grundwerte bedarf. Einer Politik, die aus rein machtpoliti-

schem Kalkül vor nichts mehr zurückschreckt, fehlt eben diese Bindung.

Auch heute, vierzig Jahre nach Hermann Ehlers' Tod, gibt es also genügend Anlaß, uns seiner zu erinnern. Wir schulden ihm Dankbarkeit, denn wir wissen, was er uns hinterlassen hat, was er für unser Vaterland tat. ■

Die Bundesrepublik Deutschland ist, nach den Erfahrungen in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts, auf die Gemeinsamkeit der Demokraten als wichtigstem Ausdruck unserer Überzeugung vom Vorrang der Menschenwürde, des Rechts und der Gerechtigkeit gegründet. Das Herzstück unserer Staatsräson ist der antitotalitäre Grundkonsens, die Absage an jede Form von Diktatur, Willkür und Unrecht. Hiervon müssen wir uns auch bei der Bekämpfung von Extremismus und Gewalt leiten lassen.

Gerade die rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten der letzten Jahre haben uns ins Gedächtnis gerufen, daß unsere Demokratie nur als wehrhafte Demokratie bestehen kann. Konsequenter und unnachlässig werden wir dem schändlichen Treiben extremistischer Gewalttäter, neonazistischer Agitation und Antisemitismus entgegenzutreten. Auch gilt es, jenen entschieden zu widersprechen, die die Legitimität des staatlichen Gewaltmonopols in Zweifel ziehen oder versuchen, unsere freiheitliche und demokratische Ordnung verächtlich zu machen. Gerade sie leiten Wasser auf die Mühlen rechtsextremistischer Gewalttäter. Nur ein entschlossener und starker Rechtsstaat kann Recht und Freiheit garantieren.

Dr. Helmut Kohl

Geistlicher Auftrag und weltliches Mandat – Eine Ethikgemeinschaft für die Demokratie

Walter Allgaier

Die Demokratie der Deutschen ist trotz mancher Erfolge der Bonner Republik ein zartes Pflänzchen geblieben. Irrendwie kommen die Deutschen noch immer nicht los vom Pathos des Obrigkeitsstaats. Helmuth Plessner nannte sie deshalb zu Recht „die verspätete Nation“. Der deutsche Staat empfing bis in die unmittelbare Gegenwart hinein seine Weihe von oben und rechtfertigte sich nur jeweils widerwillig vor dem Volk. Der Staat empfand sich als souverän dank des Gottesgnadentums seiner Fürsten von ehedem.

Die Reformation Martin Luthers hat dazu bekanntlich ihr Teil beigetragen, indem sie die weltlichen Landesherrn zu Notbischöfen machte und ihnen damit eine besondere Würde und Weihe verlieh. Luther sah es freilich als selbstverständlich an, daß die Fürsten sich als „Christen“ im Vollsinn eines bekennenden Christentums begriffen. De facto aber lief das auf eine Überforderung beider Seiten hinaus: der Kirche wie der Obrigkeit, so daß diese Union bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit sich auflöste.

Spätestens nach dem Ersten Weltkrieg mit der Abschaffung von Monarchie und Kaisertum kam man voneinander los. Immerhin: Wahlforscher finden noch immer die Spur obrigkeitlicher Prägung der ehemaligen Untertanen. Das Wahlverhalten auch noch in der Gegenwart wird vom alten deutsch-obrigkeitlichen Schema beeinflusst. So genießt nachweislich in den Bundesländern die jeweils herrschende Partei einen Zuneigungsbonus auch von der „anderen“ Wählerseite. Da wählten in einem Land mit ausgesprochener SPD-

Dominanz wie Nordrhein-Westfalen die Katholiken in weit stärkerem Maß die SPD, nämlich zu 37 Prozent als in den traditionellen Unionsländern wie Baden Württemberg oder Bayern mit 27 Prozent.

Derselbe „Bekehrungseffekt“ zeichnet sich auch für die Protestanten in den unionsregierten Ländern ab. Dies ist offensichtlich ein Nachklang der Entwicklung, die mit dem Augsburger Religionsfrieden von 1555 eingeläutet wurde, daß sich nach der Religion oder Konfession des Herrschers auch die Untertanen zu richten haben. Ein Beispiel, wie sich selbst in geschichtslos gewordenen Zeiten Minimalstandards durchhalten. Und es zeigt, daß Religion nicht nur in Form der Konfession weiterhin in der Politik virulent ist.

Geteilte Macht

Dort aber, wo sie zu überborden droht in die Politik hinein, gefährdet sie den Ausgleich der politischen Interessen, wie ihn die Demokratie - und eben nur sie - gewährleistet.

Die Demokratie ist die einzige Form der freien Regulierung von Macht. Das schafft sie, weil sie nur die geteilte Macht kennt, indem sie Regierung, Parlament und Rechtssprechung trennt und Macht auf Zeit vergibt. Dafür stehen die Wahlen.

Historisch gesehen ist der Ausgangspunkt für die Demokratie ein tiefsitzendes Mißtrauen gegenüber der menschlichen Natur. Demokratie ist nach einem Wort von Gerhardt Schmidtchen eine streng puritanische Staatsform, die sie einem tiefschwarzen (also pessimistischen) Menschenbild verdankt.

Die Väter der amerikanischen Demokratie haben die Beliebigkeit von Machterwerb und Machtausübung deutlich in die Grenzen verwiesen. Geteilte Macht ist aber stets auch angefochtene Macht. Angefochten durch solche, die Macht ungeteilt haben möchten, politische Herrschaft in den alten obrigkeitlichen Strukturen. Aus der Sicht der Untertanen bedeutet das wiederum Eindeutigkeit und Geborgenheit, was im Grunde nichts anderes ist als eine religiöse Erwartung - projiziert auf den Staat.

Wir müssen uns fragen, ob Kritik und Unlust an der Politik nicht auch eine wesentliche Ursache in der überzogenen Erwartungshaltung gegenüber Politik und staatlichem Handeln haben.*

Die andere Strömung, die die geteilte Macht anfecht, umfaßt diejenigen, die überhaupt keine Macht über sich haben möchten, die Anarchisten im weitesten Sinne. Sie legen es auf die absolute Freiheit an zur direkten Durchsetzung ihrer eigenen Interessen und Ziele. Und Religion dient dazu, diesen Freiheitsdrang zu legitimieren. Der Mensch ist der „erste Freigelassene der Schöpfung“, wie es Herder formuliert hat.

Oder man nimmt Bezug auf Luthers Traktat „von der Freiheit eines Christenmenschen“, dessen einer Kopfsatz lautet: „Ein Christenmensch ist ein freier Herr aller Dinge und niemandem Untertan.“

Peter Graf Kielmannsegg hat schon in den 70er Jahren nachgewiesen, daß die Politik im demokratischen Staat mit dem Phänomen der Überforderung zu kämpfen hat. Der Mensch als Zoon politikon ist auf Politik angewiesen, das heißt auf ihre Funktion, Verbindendes und Verbindliches zu stiften.

Möglich wird Politik freilich erst, wenn es ein Minimum an Gemeinschaft vor aller Politik gibt. Das verbindlich Verbindende muß also immer schon vorgefunden und es darf nicht zur Disposition der Politik gestellt werden. Nur so kann

Friedensstiftung im Inneren und Äußerem des Staates gelingen. Der Stabilisierung des Umgangs miteinander durch verbindliche Regeln bedarf es insbesondere deshalb, weil Politik auch trennt.

In der für unseren Zusammenhang wichtigen Frage der Gemeinsamkeiten vor aller Politik weist Kielmannsegg darauf hin, daß schon Rousseau ein Gemeinwesen ohne „religion civile“ nicht für lebensfähig gehalten hat. Die Demokratie gerate in die Krise, wenn der Mörtel des Vertrauens gebröckelt sei und etwa eine jeweilige Minderheit das Entscheidungsrecht der Mehrheit nicht akzeptiert.



Falsche Heilserwartung an Politik

Und schließlich zum letzten Gesichtspunkt, der Disposition: Wo Politik über alles verfügen kann, wächst sie sich zum totalitären System aus, wie das in Deutschland im Dritten Reich erlebt wurde. Das Dilemma der modernen Industriegesellschaften sieht Kielmannsegg darin, daß die Auflösung überlieferter Geltungen deutlich stärker sei als die Fähigkeit, neue Verbindlichkeiten zu stiften. Nachdem die traditionellen Potenzen wie Religion oder auch die Autorität des Alters heute weitgehend ausfielen, werde fast alles Heil von der Politik erwartet; und das überfordere sie. Man kann auch hinzufügen, das gefährdet sie.

Die Demokratiedenkschrift der EKD nimmt eine klare Unterscheidung zwischen geistlichem Auftrag der Kirche und weltlichem Mandat des Staates vor. Die Kirche lebt allein von der Bejahung dessen, was Gott für die Menschen getan hat. Aufgabe des Staates ist es, Ordnung und Frieden zu gewährleisten.

Dazu ist aus Gründen der Fehlsamkeit der Regierenden wie der Regierten eine Machtkontrolle unerlässlich. Die Christen (nicht die Kirche!) haben den Auftrag, den Staat mitzugestalten; denn die Demokratie ist verbesserungsbedürftig und fähig. Demokratie fördert unterschiedliche Lebensauffassungen und Stile.

Die Politik wird nicht nur deshalb schwieriger, weil Politikerinnen und Politiker Fehler machen, sondern auch deshalb, weil die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger abnimmt, Einschränkungen hinzunehmen und Belastungen anteilig zu tragen.

**aus: Erklärung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken aus Anlaß der Bundestagswahl 1994*

In ihr gilt es „mit Differenzen“ zu leben und Differenzen auszuhalten. So ist die Demokratie die Staatsform, in der ständig Auseinandersetzungen stattfinden (müssen). Denn es kann nicht sein, daß sich die Auffassung bestimmter Gruppierungen oder Parteien als gesamtstaatlich ausgibt und die anderen zur Identifizierung damit zwingt. Dem Staat darf niemals ein unbeschränktes Verfügungsrecht über Menschen eingeräumt werden. **Gewaltenteilung, Macht auf Zeit und ihre Kontrolle sind das Markenzeichen von Demokratie.**

Repräsentationsprinzip stärken

Deutlich spricht sich die Denkschrift auch für das Repräsentationsprinzip aus: Zwar geht alle Gewalt vom Volke aus; aber sie wird auf Repräsentanten übertragen. Das erfolgt, weil so am ehesten ein Ausgleich der Interessen aller erfolgen kann. Auf die Frage, ob man die repräsentative Demokratie mit Elementen direkter Demokratie anreichern solle, antwortet die Denkschrift eher verhalten. Bei komplexen Entscheidungen sollte freilich der Exekutive oder auch der Verwaltung nicht allein die normative Kraft überlassen, sondern die Opposition einbezogen werden. Zudem sei die Position der einzelnen Mandatsträger zu stärken. Vermutlich könne man so einen möglichst breiten Konsens aller Demokraten erreichen; wobei auch

eine gewisse Pluralität nicht als Unglück zu sehen sei.

Die Denkschrift wörtlich: „Es müssen nicht alle Entscheidungen zentral gefällt werden; es können auch inhaltlich voneinander abweichende Entscheidungen nebeneinander existieren.“ Und sie schärft weiter ein: „Der Staat lebt als Demokratie in tagtäglicher Kontroverse und Auseinandersetzung. Dem Bedürfnis nach Eindeutigkeit treten die unterschiedlichen ja gegensätzlichen Deutungen politischer Aufgaben und konkreter Sachfragen in den Weg.“ Das Streben nach Einmütigkeit und das menschliche Verlangen nach Harmonie stehen ganz offensichtlich in Spannung zur Vielfalt und Konkurrenz der Meinungen und dem daher notwendigen Streit.

In dieser Situation wird es die Aufgabe der Kirchen sein, darauf hinzuweisen, daß politische Herrschaft sich niemals zur Heilsgemeinschaft versteigen darf; denn unter den Bedingungen dieser Welt ist niemals Vollendung möglich. Möglich ist hingegen eine Ethikgemeinschaft, die im freien Wettstreit um die besseren Lösungen ringt. Deshalb gibt es Demokratie immer nur in der Form der streitbaren Demokratie oder es gibt sie überhaupt nicht.

So liegt es im Interesse von Politik wie Kirche, daß die Ordnungs- und Rechtsgemeinschaft des Staates von der religiösen Heilsgemeinschaft unterschieden bleibt, daß beide nicht ineinanderfließen, daß keine Sakralisierung von Politik und keine Instrumentalisierung von Religion erfolgt, daß Heilserwartungen von der Politik zurück an die Religion weiterverwiesen werden.

In der Ethikgemeinschaft, zu der Christen mit ihrem Beitrag aufgerufen sind, kann es immer nur um das relativ bessere Leben gehen, nicht um das endgültige ewige. ■

Anm:

Dr. Walter Allgaier ist Kirchenrat und Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Evangelischen Landeskirchenamt in München.

Bevölkerungswachstum und Entwicklung

Carl-Dieter Spranger

Die Welt blickt zur Zeit auf das schwarzafrikanische Ruanda, in dem sich eine Tragödie apokalyptischen Ausmaßes abspielt. Von den ehemals 8,5 Millionen Einwohnern wurden über 500.000, vorwiegend Angehörige des Stammes der Tutsi, von Hutu-Mörderbanden gemordet; rund 2 Millionen Menschen sind geflohen und leben unter menschenunwürdigen Bedingungen in Flüchtlingslagern in den Nachbarländern. Wir können den Völkermord in Ruanda kaum verstehen, müssen aber doch Erklärungen und Ursachen finden, um das Unfaßbare für uns begreifbar zu machen.

Dabei genügt es nicht, auf die „traditionellen“ Gegensätze zwischen dem Mehrheitsvolk der Hutu und der Tutsi-Minderheit zu verweisen. Der ethnische Konflikt ist wohl auch bewußt eingesetztes Instrument im Kampf um die angesichts eines extrem hohen Bevölkerungswachstums zusehends knapper werdenden wirtschaftlichen - sprich landwirtschaftlichen - Ressourcen eines der ärmsten Länder dieser Welt. Hinter dem „ethnischen“ Szenario verbergen sich Armut, eine im Verhältnis zur Bevölkerungsentwicklung mangelnde Entwicklungsdynamik und nicht zuletzt eine verantwortungslose, vorrangig ihren Interessen dienende Politikerkaste.

Der Fall Ruanda ist einzigartig, die Sprengkraft des Bevölkerungsproblems und das Spannungsfeld zwischen Bevölkerungs- und sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung ist jedoch in fast allen Entwicklungsländern präsent. Seit 1950 hat sich die Weltbevölkerung mehr als verdoppelt. Nach Projektionen der Vereinten Nationen wird sich die Weltbevölkerung von heute rd. 5,6 Mrd. Menschen bis zum Jahre 2025 auf 8,5 Mrd. erhöhen. Über 90% dieser

Zunahme wird auf die Entwicklungsländer entfallen.

Den Vereinten Nationen zufolge wird sich die Bevölkerung Afrikas, des ärmsten Kontinents, von heute 628 Millionen auf knapp 1,6 Mrd. mehr als verdoppeln. Asiens Bevölkerung soll von 3,4 auf 5,1 Mrd. Menschen anwachsen, die Südamerikas von 457 auf 701 Millionen ansteigen. Neben Nordamerika, dessen Bevölkerung sich um rund 80 Millionen auf 360 Millionen erhöhen wird, weist Westeuropa das geringste Wachstum auf. Seine Bevölkerung wird lediglich von 512 auf 541 Millionen Menschen anwachsen.

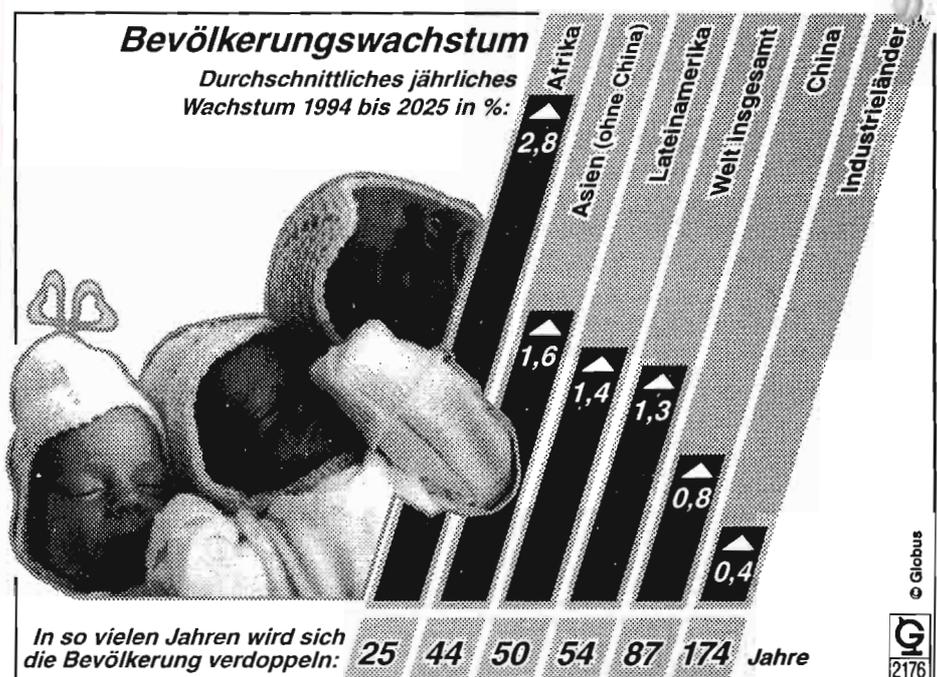
Europa hat - wenn auch in einem längeren Zeitraum - seine Bevölkerungsexplosion zwischen 1850 und 1950 erlebt. In diesen hundert Jahren verdoppelte sich seine Einwohnerzahl auf rund 400 Millionen; gleichzeitig vervielfachte sich seine Wirtschaftskraft und erlebte die alte Welt eine nie zuvor bekannte Periode technologischen, sozialen und politischen Wandels.

Die Segnungen des Fortschritts, insbesondere auf dem Gesundheitssektor, ließen die Säuglingssterblichkeit sinken und die Lebenserwartung steigen. Das bemerkenswerte an dieser Entwicklung war die **Kongruenz der wirtschaftlich-sozialen Entwicklung mit dem Bevölkerungswachstum.**

Sinkende Kinderzahl mit steigendem Wohlstand

Die Bevölkerungsentwicklung und damit die Entscheidung über die gewünschte Kinderzahl steht in enger Wechselbeziehung zum wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Wandel in der Gesellschaft. Dies wird auch illustriert durch die Phase der Stagnation der Bevölkerungszahl, die z.B. in Deutschland seit rund 20 Jahren zu beobachten ist: heute ist nicht mehr die Zahl der benötigten Arbeitskräfte, der Kinder also, ausschlaggebend für ein höheres Wohlstandsniveau, sondern deren, dem technologischen Niveau entsprechende, teure Qualifizierung.

Sich verändernde wirtschaftliche Rahmenbedingungen und Anforderungen gehen einher mit sich wandelnden



Ansichten der Bürger über die gewünschte und von den Paaren als „optimal“ eingeschätzte Kinderzahl.

Auch die **Integration der Frauen in das Berufsleben** und ihre bessere Ausbildung spielen in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle. Da sich das Rollenverständnis weiter wandelt und Frauen im Arbeitsleben vormals nicht anerkannte Lebensperspektiven offenstehen, steigt deren Berufstätigkeit und Ausbildungszeit. Dementsprechend weniger Kinder werden im Durchschnitt geboren. Das, was sich in Mitteleuropa inzwischen zum Problem entwickelt - ich nenne das Stichwort „Vergreisung der Gesellschaft“ - ist sicherlich nicht zuletzt zurückzuführen auf eine gesellschaftliche Abwertung der Aufgaben und Leistungen von Hausfrauen und Müttern durch eine überzogene Emanzipationsdiskussion.

Das **europäische Beispiel** zeigt, daß bevölkerungspolitische Fragestellungen sinnvollerweise immer nur vor dem Hintergrund der jeweiligen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung anzugehen sind. Dies gilt auch heute, da wir in Europa mit einem gänzlich anderen bevölkerungspolitischen Problem konfrontiert sind als die Entwicklungsländer.

Deshalb ist es auch richtig und notwendig, daß die entwicklungspolitische Dis-

kussion und auch unsere Entwicklungspolitik den Zusammenhang von Armut und Entwicklung betont. Das entwicklungspolitische Problem besteht darin, daß in der überwältigenden Mehrheit der Entwicklungsländer die wirtschaftlichen Möglichkeiten und Ressourcen nicht mit dem Bevölkerungswachstum Schritt halten. Mangelnde Entwicklungsdynamik verhindert die Überwindung der Armut. Die Fortdauer der Armut wiederum ist hauptverantwortlich für die Beibehaltung eines generativen Verhaltens, das aus der Sicht des Armen durchaus rational ist. Eine hohe Kinderzahl wird weiterhin als Garant für Arbeitskräfte und ein höheres Einkommen sowie als Garant für die Alterssicherung angesehen. So vernünftig und geradezu unausweichlich dieses Verhalten aus individueller Perspektive auch sein mag, im Ergebnis beschert es den Entwicklungsländern einen Teufelskreis - Armut, hohes Bevölkerungswachstum, größere Armut-, der die Entwicklung hemmt und aus dem es keinen einfachen Ausweg gibt.

Teufelskreis der Armut durchbrechen

Armut ist also eine der wichtigsten Ursachen für hohe Geburtenzahlen in Entwicklungsländern. Hinzu kommen eine schlechte Gesundheitsversorgung und eine hohe Kindersterblichkeit, feh-

lende Bildung und eine häufig niedere Stellung der Frau, die ihr keine eigenständige Entscheidung über ihre Geburten erlaubt. Mangelndes Wissen über Familienplanung und ein unzureichendes Angebot entsprechender Leistungen kommen erschwerend hinzu. Die Verbindung aus Armut und hohem Bevölkerungswachstum hat zudem ökologische Folgen, die die Ressourcenbasis in den Ländern angreifen und damit die Chancen der Entwicklung verschlechtern. Schließlich können auch die zunehmenden Wanderungsbewegungen und die damit verbundenen wirtschaftlichen und sozialen, aber auch sicherheitspolitischen Probleme, ohne ihre Verknüpfung und Wechselwirkung mit dem Bevölkerungswachstum, mit Armut und Umweltzerstörung, weder verstanden noch angegangen werden.

International ist gerade in den letzten Jahren das Verständnis gewachsen, daß ein nachhaltiger Entwicklungsprozeß die Stabilisierung des Bevölkerungswachstums erfordert. Viele Entwicklungsländer haben diese Herausforderung aufgegriffen und bevölkerungspolitische Programme unter Einbeziehung von Familienplanung entwickelt. Hierbei werden sie von der Bundesregierung unterstützt, die die Bevölkerungspolitik im Rahmen ihrer Entwicklungszusammenarbeit zu einem Schwerpunkt der umfassenden Aufgabe von Armutsbekämpfung erklärt hat.

Unser Anliegen ist es, den Paaren und Individuen Möglichkeiten an die Hand zu geben, frei, informiert und verantwortungsbewußt über die Zahl ihrer Kinder und die Abstände zwischen den Geburten zu entscheiden. Welchen Stellenwert ein solches Familienplanungsangebot haben kann, wird aus einer Zahl ersichtlich: das Bevölkerungsprogramm der Vereinten Nationen schätzt, daß weltweit bei 350 Millionen Paaren ein nicht gedeckter Bedarf an Aufklärung, gesundheitlicher Beratung und Zugang zu Verhütungsmitteln besteht.

Familienplanung als Maßnahme

Wir glauben nicht, besser zu wissen, welche Kinderzahl für ein bestimmtes Land unter den gegebenen Umständen

„Frauen müssen gleiche Chancen erhalten, ihr gesamtes Leben in Partnerschaft und Verantwortung in allen Bereichen des sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Lebens zu gestalten. Es ist in diesem Zusammenhang von entscheidender Bedeutung, daß Einzelpersonen und Paare Zugang haben zu Informationen über reproduktive Gesundheit und Familienplanung sowie zu Familienplanungsdiensten, und daß sie frei und ohne jeglichen Zwang über die Zahl der von ihnen gewünschten Kinder entscheiden können. Dies ist ein Grundprinzip des Aktionsprogramms.“

Bundesinnenminister Manfred Kanther,
anläßlich der Bevölkerungskonferenz

anzustreben wäre. Gänzlich absurd ist auch der uns verschiedentlich gemachte Vorwurf, wir würden die Armen bekämpfen, nicht aber die Armut. Das Gegenteil ist richtig: wir wollen die Menschen in den Entwicklungsländern und insbesondere die Armen darin unterstützen, eine freie und unabhängige Entscheidung über die Kinderzahl treffen zu können und diese auch umzusetzen.

Dazu gehört auch, daß wir bei allen Vorhaben die jeweiligen kulturellen, religiösen und sozialen Normen und Werte im Rahmen der Menschenrechte respektieren. Der wichtigste Grundsatz ist, daß alle Maßnahmen auf dem Prinzip der Freiwilligkeit beruhen und die Menschenwürde wahren. Deshalb ist Abtreibung unserer Überzeugung nach kein geeignetes Mittel der Familienplanung; Abtreibung ist im Gegenteil zu oft Ergebnis fehlender Familienplanung. Diese Leitlinien unserer Politik sichern zugleich die Akzeptanz bevölkerungspolitischer Vorhaben und Programme in der Bevölkerung, die unabdingbare Voraussetzungen für deren Erfolg ist.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat auf diesen Grundsätzen aufbauend 1991 ein Förderkonzept zur Bevölkerungspolitik und Familienplanung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit in Kraft gesetzt, das durch einen **dualen Ansatz** gekennzeichnet ist, der

den Ursachen zu hoher Geburtenzahlen Rechnung trägt: die **eine Säule** umfaßt die Förderungen von Leistungen der Familienplanung in den Partnerländern. Die **zweite Säule** bilden Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Bevölkerung, insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Frauenförderung und Ernährung.

Doppelstrategie

Diese „Doppelstrategie“ ist international anerkannt und folgt der Erkenntnis, daß Verbesserungen in den genannten Bereichen den Wunsch nach einer geringeren Kinderzahl stärken und dieser durch Empfängnisverhütung auch umgesetzt wird. Ich möchte hier nur ein Beispiel nennen; interessierte Leser können weitere meinem Buch „Verantwortung für die Eine Welt“ entnehmen:

In Bangladesch haben wir das nationale Gesundheits- und Bevölkerungsprogramm seit Mitte der 80er Jahre mit insgesamt rd. 100 Mio. DM unterstützt und mitgestaltet. Kernpunkte dieses Programms sind die flächendeckende und soziokulturell angepaßte Information der Bevölkerung über Fragen der Familienplanung, das Angebot entsprechender Dienstleistungen sowie Maßnahmen der **Frauenförderung**. Schwerpunkt unseres bilateralen Beitrags zum Programm der Regierung war und ist insbesondere die Ausbildung und Qualifizierung von Personal für die Gesundheits- und Familienplanungsdienste. Damit haben wir einen wichtigen Beitrag zur Verminderung der Fertilitätsrate, der durchschnittlichen Kinderzahl pro Frau, in Bangladesch geleistet; diese ging zwischen 1975 und 1994 von 7 auf 4,5 zurück.

Erfolge wie in Bangladesch, aber auch in anderen Ländern, beruhen im wesentlichen auf dem entscheidenden Eintreten der jeweiligen Regierungen für die Familienplanung. Entwicklungszusammenarbeit, dies gilt für den Bereich der Bevölkerungspolitik noch stärker als für andere Felder der Zusammenarbeit: sie kann diese Anstrengungen wirkungsvoll unterstützen, eigene Anstrengungen aber nicht ersetzen.

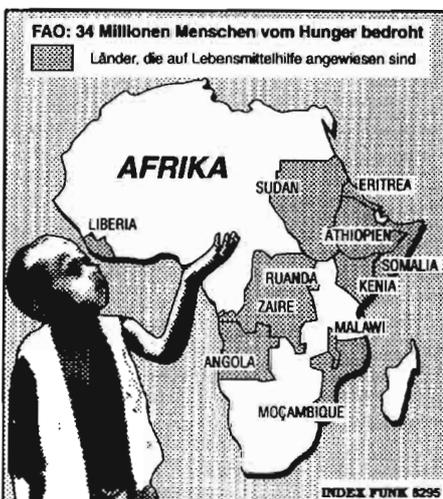
Allen Kritikern möchte ich deutlich sagen, daß unsere bisherigen Erfahrungen ermutigend sind und zeigen, daß bevölkerungspolitische Ansätze, soweit sie sozial und kulturell angepaßt sind, von der Bevölkerung angenommen werden. Viele Regierungen in den Entwicklungsländern haben ihre einstmals ablehnende Haltung gegenüber Familienplanungsprogrammen revidiert und treten heute im wohlverstandenen Interesse ihrer Bürger für solche Maßnahmen ein. Erfolge sind zu verzeichnen: Von 1965 bis heute ist die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau im Durchschnitt aller Entwicklungsländer von 6 auf 4 Kinder gesunken. In einigen Ländern ist es gelungen, **durch das Zusammenwirken von familienplanerischen Maßnahmen und wirtschaftlichem Fortschritt das Bevölkerungswachstum wesentlich zu mindern.**

Anstrengungen verstärken

Ob auch die heutige Wachstumsrate der Weltbevölkerung von 1,7% noch zehn Jahre oder noch fünfzig Jahre anhält, entscheidet darüber, ob sich die Weltbevölkerung am Ende bei acht oder neun Milliarden oder aber bei zwölf oder vierzehn Milliarden Menschen stabilisiert. Deshalb ist schnelles und entschiedenes Handeln geboten. Diesen Gedanken müssen wir mit nach Kairo nehmen, wo im September die internationale Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung stattfindet. Ihr Titel ist Programm, denn Bevölkerungspolitik ist Bestandteil einer Politik, die auf nachhaltige Entwicklung und die Verbesserung der Lebensqualität der Menschen abzielt. In diesem Sinne setze ich in die Konferenz die Erwartung, daß von ihr entscheidende Impulse für verstärkte Anstrengungen aller Länder in der Bevölkerungspolitik ausgehen.

Anm.:

Carl-Dieter Spranger
ist Bundesminister für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung



Impulse für die Weltbevölkerungskonferenz in Kairo

Rolf Koppe

Der schon seit Anfang dieses Jahres kursierende Entwurf für „ein Aktionsprogramm der Internationalen Konferenz für Bevölkerung und Entwicklung“, die in diesen Tagen in Kairo stattfindet, hat bereits in Deutschland erhebliche Aufmerksamkeit erregt. Nicht zuletzt durch lautstarke Äußerungen aus dem Vatikan - im Gleichklang mit muslimischen Äußerungen -, die den Eindruck erweckt haben, als propagiere die UNO tendenziell Abtreibungen als Mittel der Bevölkerungsplanung.

Eine wichtige differenzierte kirchliche Studie dazu, von der Kammer der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) im Juli veröffentlicht, ist darüber beinahe in Vergessenheit geraten. Unter der Überschrift „Wie viele Menschen trägt die Erde? Ethische



Überlegungen zum Wachstum der Weltbevölkerung“ (EKD-Texte Nr. 49, hg. vom Kirchenamt der EKD, Herrenhäuser Str. 12, 30419 Hannover) wird das Problem in seiner ganzen Breite be-



In China ist eine Verringerung des Bevölkerungswachstum nach Reformmaßnahmen zu verzeichnen.

Foto: S. Simon

schrieben, werden Faktoren und Ursachen analysiert, Lösungsansätze diskutiert, ethische und theologische Bewertungen vorgenommen und Folgerungen gezogen.

Ökologischer Kurswechsel gefordert

Ausgangspunkt sind zwei Leitsätze: „1. Das Bevölkerungswachstum in den Ländern der Dritten Welt muß vermin-



dert werden durch Armutsbekämpfung und Familienplanung; 2. ein 'ökologischer Kurswechsel' ist erforderlich, der von den Industrieländern ausgeht und durch sie vorangetrieben wird, damit die natürlichen Lebensgrundlagen geschützt und erhalten werden.“

Sehr entschieden wendet sich die Studie gegen technische Lösungen wie Zwangssterilisierungen oder Verbreitung von Verhütungsmitteln ohne ausreichende Beratung, aber auch gegen eine fatale Haltung, die jeglicher Planung eine Absage erteilt. Die Hauptthese lautet: Bevölkerungspolitik muß in den Rahmen einer integrierten Entwicklungsstrategie gestellt werden!

Aufgrund dieser umfassenden Sicht auf die Thematik wird dem rechnerischen Optimismus der UNO-Konferenz, wonach bisher weltweit ein relativer Fortschritt bei der Begrenzung des Bevölkerungswachstums zu verzeichnen sei, mit Skepsis begegnet. Das betrifft auch die deutsche Politik: „Weder in der Entwicklungszusammenarbeit noch in anderen Politikbereichen der Bundesrepublik Deutschland sind bisher ausreichend wirksame Schritte zur Umsetzung der notwendigen Konsequenzen zu erkennen“ (S. 44). Worum es im Einzelnen geht, kann hier nur in groben Zügen benannt werden. Angemahnt wird vor allem die Mithilfe bei der Errichtung sozialer Sicherungssysteme

in den Entwicklungsländern, selbstverständlich entsprechend den jeweiligen kulturellen und religiösen Bedingungen eines Landes, um der Tendenz entgegenzutreten, wonach in den meisten Kulturen Kinderreichtum als die wichtigste Basis für die eigene soziale Sicherung gilt. „Armutsbekämpfung heißt die weltweite Aufgabe“ (S.18).

Nach drei Jahrzehnten Entwicklungspolitik sind allerdings durchaus unterschiedliche Erfahrungen zu verzeichnen. In China, Süd-Korea, Kuba, Sri Lanka und im indischen Bundesstaat Kerala ist eine Verringerung des Bevölkerungswachstums nach strukturellen Reformen zu verzeichnen.

In Mexiko, Thailand und Indien dagegen gingen die Fruchtbarkeitsziffern zurück ohne eine entsprechende Abnahme der Unterernährung. Obwohl es keine universal akzeptierte Definition einer „Entwicklung“ mehr gibt, sehen die Verfasser der Studie in größerer sozialer Gerechtigkeit die Grundvoraussetzung einer nachhaltigen Zukunftsperspektive. „Die Maxime der Entwick-

lungspolitik kann daher nicht heißen, weniger Armut durch Reduzierung des Bevölkerungswachstums, sondern Reduzierung des Bevölkerungswachstums durch Beseitigung der Massenarmut“. Schwerpunkte müssten präventive Maßnahmen und Verbundobjekte im Rahmen von „Community development“ sein. In den vergangenen fünf Jahren sind von der Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst (AG KED) jährlich dafür zwischen 22 und 36 Millionen DM für Projekte dieser Art bewilligt worden.

Religiöse Dimension der Familienplanung

Was in den Vorarbeiten zur Kairoer Konferenz fast gänzlich fehlt, nämlich die religiöse Dimension der Familienplanung, wird in der Studie an verschiedenen Stellen, besonders aber in einem Anhang über „Bevölkerung in der Sicht der Weltreligionen“, verfaßt von Professor Hans-Werner Gensichen, skizziert.

Was bisher fehlt, ist ein interreligiöser Dialog über dieses Thema, z.B. mit dem Islam oder dem Buddhismus. Er hätte auch für die Kirchen des Nordens eine große Bedeutung und ist für die Christen der südlichen Länder existentiell wichtig. Denn sie sind es, die das Gespräch über die Zukunft der Erde aufgrund ihrer Nachbarschaft mit den Menschen der Mehrheitsreligionen des Südens voranbringen können.

Was die kirchlichen Positionen in Deutschland betrifft, so werden die bekannten Positionen referiert, ohne daß die Konfrontation zur römisch-katholischen Haltung gesucht wird. Das ist angesichts der weltweiten Kampagne von katholischer Seite gegen die UNO-Konferenz im Rückblick ein Defizit. Denn durch die Absicht, der Konferenz den Stempel einer „Abtreibungskonferenz“ aufzudrücken, läßt die katholische Kirche eine „schwere Schuld“ auf sich, wie zu Recht Rolf Seelmann-Eggebert in einem Kommentar in den ARD-Tagesthemen am 11.08.1994 gesagt hat. Die evangelische Kirche - und mit ihr die im Ökumenischen Rat der Kirchen



In vielen Fällen ist immer noch Hilfe von außen nötig – wie hier im Flüchtlingslager Mekele.

Foto: vario-press

(ÖRK) vereinten anderen protestantischen Kirchen in der Welt - vertritt eine ethische Pflicht zur **Geburteneinschränkung** und eine Methodenvielfalt bei der Verhütung, sowohl in als auch, bei realistischer Güterabwägung, außerhalb der Ehe.

Veränderung der Geschlechterrollen

Es ist eine unerlaubte Verkürzung der Absichten der internationalen Konferenz, wenn der Eindruck erweckt wird, es handele sich allein um das Problem der Abtreibung oder die Propagierung von „unnatürlichen“ Verhütungsmitteln. Es geht vielmehr weltweit um eine notwendige Veränderung im Verhältnis der Geschlechter zueinander und um die Achtung der Menschenrechte, besonders der Stellung der Frauen. Wo die elementarste Beratung oder ärztliche Hilfe fehlt, sollte man nicht zuerst mit Verboten drohen, sondern dafür sorgen, daß die Ursachen der Not bekämpft werden und den Opfern geholfen wird.

Es ist zu hoffen, daß die Nichtregierungsorganisationen, wozu außer der römisch-katholischen Kirche, die über den Vatikanstaat als Regierung vertreten ist, alle anderen Kirchen gehören, auf der Konferenz genügend Gehör finden. Ein oberflächliches Bündnis von Katholizismus und muslimisch-fundamentalistischer Protesthaltung würde der gesamten ökumenischen Bewegung Schaden zufügen und einen interkulturellen und interreligiösen Dialog unmöglich machen, bevor er überhaupt begonnen hat.

Und außerdem: keiner einzigen Regierung, die sich ernsthaft mit der Thematik befaßt, wurde von seiten der Kirchen Mut gemacht, sich stärker als bisher zu engagieren. Das aber tut dringend not.

Konrad Raiser, der Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen, sieht wenig Belege dafür, „daß es für die meisten Regierungen im Norden wie im Süden eine Priorität ist, die menschliche Entwicklung über Bevölkerungen zu fördern“, jedenfalls nicht in dem Sinn,

daß die Bevölkerungsmehrheiten, insbesondere die Armen, eine bessere Zukunftschance bekommen. Die evangelische und katholische Kirche in Deutschland haben in vielen Stellungnahmen die gleiche Kritik geübt und sich für eine Erhöhung der finanziellen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit ausgesprochen. Leider ist diesem Anliegen bisher nicht entsprochen worden, teils, weil bekanntermaßen überall gespart wird, teils, weil teure Kriseninterventionen und Katastrophenhilfen, zuletzt in Somalia und Ruanda, den Blick für die Zukunft versperrt haben. Aus vielerlei Gründen, aber auch, um weiteren Flüchtlingsbewegungen zuvorzukommen, müßte die Weltbevölkerungskonferenz eine Wende einleiten - hin zu einer integrierten Entwicklungsstrategie.

Die Zahl der Menschen auf der Erde hat sich in den vergangenen 30 Jahren verdoppelt. Im Jahr 2005 wird mit 6,7 Milliarden Menschen gerechnet, im Jahr 2030 mit 10,7 Milliarden. Aber wir Menschen sind keine Lemminge, sondern für die Bewahrung der Schöpfung Gottes Verantwortliche! Theologisch ist nach der biblischen Schöpfungsgeschichte leitend, daß Mann und Frau gemeinsam die Weitergabe des Lebens und die Kultivierung der natürlichen Umwelt anvertraut ist (vgl. Genesis 1,27, 2,24). Eine Neubewertung des generativen Verhaltens muß nicht der Überzeugung widersprechen, Kinder seien ein „Segen“. Aber in Zeitpunkt und Ziel der Fortpflanzung kann der Mensch inzwischen eingreifen. Das erhöhte Maß an Verantwortung ist schon gegeben und wird ja auch wahrgenommen - nicht nur in Industrieländern.

Weichenstellungen für die Zukunft

Was wirklich neu und bedrängend ist, ist die Ungleichzeitigkeit des Bewußtseins und die faktische Auseinanderentwicklung in den Weltregionen. So richtig die Forderung ist, daß **Familienplanung in die wirtschaftliche und soziale Entwicklung integriert sein muß, so bleibt die Frage, ob die Zeit dafür ausreicht**. Es könnte auch sein, daß erst riesige Katastrophen zur Umkehr zwingen.

Diesen Gerichtsgedanken blendet die Studie aus, weil sie sich nicht dem Verdacht des Biologismus aussetzen will, und weil sie der Politik mehr zutraut, als daß sie nur hinter den Ereignissen herdenkt und handelt. Gott sei Dank, füge ich hinzu, denn es gibt, so glaube und hoffe ich, noch andere Weichenstellungen. Das Aktionsprogramm der Internationalen Konferenz für Bevölkerung und Entwicklung und eine Studie der EKD, auf deren Linie sich auch der ÖRK bewegt, zeigen Wege und sollten breite Unterstützung durch die Politik finden. ■

Anm.:

Rolf Koppe ist
Auslandsbischof der EKD.



Schönert

Martin Luther (1483 – 1546)

Das ist die wahre Sache des Christentums, daß wir durch den Glauben an Christus, nicht durch die Werke des Gesetzes gerecht werden.

Martin Luther

(aus: Der Gemeindebrief)

Kurz notiert

Freiheitliche Demokratie braucht leidenschaftliches Engagement

„Die Vollendung der inneren Einheit ist auch und vor allem eine Frage der geistigen und moralischen Kraft unseres Volkes. Dabei sind besonders die Deutschen im Westen gefordert, da sie die Chance hatten, durch Jahrzehnte hindurch in Freiheit leben zu können.

Sind wir wirklich bereit, solidarisch zusammenzustehen - auch wenn wir Opfer bringen müssen? Nehmen wir die Verantwortung an, die uns jetzt mit der Einheit zuge wachsen ist? Geben wir ein Beispiel für den verantwortungsbewußten Umgang mit Freiheit? Das sind die Fragen, die alle Deutschen beantworten müssen - übrigens auch bei den Wahlen, die jetzt vor uns liegen. Das Bewußtsein vieler Menschen von ihrer Verantwortung für das Ganze ist in dem Maße verlorengegangen, in dem sich das allgemeine Wertebewußtsein verändert hat. Allzu lange wurde im Zeichen einer falsch verstandenen Liberalität rücksichtsloser Egoismus als „Selbstverwirklichung“ gepriesen. Dies ging einher mit einer Überbetonung von Lebensgenuß und Freizeit.

Schon seit längerem läßt sich die Tendenz feststellen, daß die Vereinzelung des Menschen in der modernen Gesellschaft besorgniserregend zunimmt. Die Bereitschaft zu ehrenamtlichem Engagement, zur Mitarbeit im Dienste der Allgemeinheit

ist in beunruhigendem Maß zurückgegangen. Viele der gesellschaftlichen und politischen Probleme unserer Tage Gewalttätigkeiten, mangelndes Rechtsempfinden, fehlende Solidarität hängen doch ganz offensichtlich damit zusammen, daß Schulen, Elternhäuser, Medien und selbst Kirchen nicht mehr in der notwendigen Weise für die Vermittlung von Werten gesorgt haben.

Letztlich geht es bei alledem um die Frage, wie wir als Bürger des vereinten Deutschland zu unserem Staat stehen. Betrachten wir den Staat nur als Anhängsel der Gesellschaft oder hat dieser Staat seinen eigenen Wert - ich sage bewußt auch: seine eigene Würde? Die freiheitliche Demokratie braucht mehr als jede andere Staatsform das leidenschaftliche Engagement ihrer Bürger. Mitverantwortung und die Solidarität der Bürger gehören zu einer Gesellschaft mit menschlichem Gesicht.

Wir brauchen einen neuen Bürgersinn, gelebten Patriotismus, bei dem wir uns auf Tugenden besinnen wie Mut und Verlässlichkeit, Fleiß und Eigenverantwortung, Mitmenschlichkeit und Hilfsbereitschaft. Dies ist für mich eine der wesentlichsten gesellschaftspolitischen Herausforderungen unserer Tage. Es geht um die innere Überlebensfähigkeit unserer freiheitlichen Gesellschaft. In dieser Hinsicht bietet uns vor allem die Aufgabe der Vollendung der inneren Einheit eine großartige Chance.“

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl anläßlich seiner Auszeichnung bei der Konrad-Adenauer-Preis-Verleihung. ■

Größtes Evangelisches Kirchenzentrum Rußlands wird eingeweiht

Dr. Horst Waffenschmidt, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern und Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen, ist vom 30. August 1994 bis 1. September 1994 zu den Rußlanddeutschen nach Westsibirien gereist. Gemeinsam mit dem Landesbischof Dr. Horst Hirschler, Hannover, hat er in Omsk das größte Evangelisch-Lutherische Kirchenzentrum Rußlands eingeweiht. Die Bundesregierung wird in diesem Kirchenzentrum soziale und kulturelle Einrichtungen für die Rußlanddeutschen im Omskgebiet fördern. Staatssekretär Waffenschmidt will, daß das neue Kirchenzentrum ein kulturelles und geistliches Zentrum für die 600.000 Deutschen in Westsibirien wird. Die deutschen Rayons (Kreise) in Westsibirien haben einen hohen Zuzug von Deutschen aus Asien; sie brauchen nicht nur Wohnungen und Arbeitsplätze, sondern auch geistliche und kulturelle Betreuung. ■

Bücher

Schloemann, Martin: Luthers Apfelbäumchen?: Ein Kapitel deutscher Mentalitätsgeschichte seit dem Zweiten Weltkrieg Vandenhoeck und Ruprecht Verlag, Göttingen 1994 ISBN 3-525-01617-4

Das vor 50 Jahren aufgetauchte, Luther zugeschriebene Wort vom Apfelbäum-

chen, gehört zum Bestand deutschen Bewußtseins weit über kirchliche Kreise hinaus. In der letzten Kriegszeit hat es zum Ausharren aufgerufen, in der Nachkriegszeit Trost gesendet, zum Neuanfang ermutigt, strategische Weichenstellungen begleitet, das Wirtschaftswunder gedeutet, Zivilreligion ausgedrückt, die SED-Spitze beunruhigt, Schriftsteller herausgefordert, Ökologen verpflichtet, Kirchentage und Friedensbewegungen inspiriert und schließlich auch noch die Wende beschleunigt und interpretiert.

In seiner Aufarbeitung eines bunten, umfangreichen Materials voller Erinnerungen und Überraschungen verfolgt der Verfasser die wechselnden Konjunkturen und Funktionen des Diktums. Er klärt die Hypothesen zu seiner Herkunft und stellt sich am Schluß die Frage, ob denn dieses apokryphe Wort Luthers wenigstens gemäß ist. ■

Korte, Karl-Rudolf: Die Chance genutzt?: Die Politik zur Einheit Deutschlands Campus Verlag, Frankfurt/Main 1994 ISBN 3-593-35113-7

Zeitgeschichte und Gegenwartspolitik gehen derzeit eine intensive Verbindung ein. Deutschlandforschung eignet sich im Wahljahr plötzlich als Munition in der Tagespolitik. So rückt der Weg zur deutschen Vereinigung bereits ins Licht der Geschichte. Legenden verbreiten sich im Wahljahr besonders schnell. Grund genug, um eine systematische Analyse der Etappen, Phasen und Wendepunkte der Politik zur Einheit Deutschlands in den Jahren 1989/90 vorzulegen. Der

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU Herausgeber: Jochen Borchert, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Dr. Hans Geisler, Dr. Sieghard - Carsten Kampf, Christine Lieberknecht, Redaktion: Birgit Heide, Katrin Peter, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Telefon (0228) 544-305/6 Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf, Abonnement-Preis jährlich 20,- DM Konto: EAK, Postgiroamt Köln 112100-500 oder Sparkasse Bonn 56267 Druck: Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten. - Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber. Papier: 100% chlorfrei Graphische Beratung: Ilka Holle, Telefon 0228/85 67 61

EAK der CDU/CSU · Friedrich-Ebert-Allee 73-75 · 53113 Bonn
Postvertriebsstück · F 5931 EX · Gebühr bezahlt

Eine freiheitliche Verfassung braucht den Mut der Demokraten

Bundespräsident Roman Herzog
anlässlich des Festaktes zur
75. Wiederkehr der Verabschiedung
der Weimarer Reichsverfassung:

... Der „Ist-Zustand“ einer Demokratie ist keine Existenzgarantie für die Zukunft. Nur wenn Wähler und Gewählte den „Soll-Zustand“ ihrer Demokratie im Auge behalten, wird es ihnen gelingen, sie mit Leben zu erfüllen und dadurch ihre Existenz zu sichern. Ich möchte deswegen den heutigen Jahrestag nutzen, um auch etwas über den „Soll-Zustand“ der Demokratie im vereinigten Deutschland zu sagen. Und zwar nicht zu den Punkten, die täglich auf dem Markt sind, sondern zu welchen, die mehr im Hintergrund, aber wichtiger sind.

Dazu gehört zunächst, daß die Funktionsfähigkeit der demokratischen Institutionen erhalten bleibt. Gewiß, die Grundrechte, der Rechtsstaat, der Sozialstaat und die Soziale

Marktwirtschaft sind Werte, die die Väter des Grundgesetzes in der Tradition der Aufklärung um ihrer selbst und um der Menschen willen im Grundgesetz verankert haben. Wenn sie aber eines Tages nicht mehr halten, was die Bürger sich von ihnen versprechen, dann ist Gefahr im Verzug.

Ein Rechtsstaat, der in einer Gesetzesflut ertrinkt, verliert seinen ursprünglichen Bezug zur Gerechtigkeit. Eine Soziale Marktwirtschaft, bei der der Wettbewerb durch Dauersubventionen ausgehebelt wird, wird schließlich außerstande sein, dem Adjektiv „sozial“ gerecht zu werden.

Ein Sozialstaat, der sich jenseits der Finanzierbarkeit aufbläht, setzt seine eigentliche Schutzfunktion aufs Spiel. Und Grundrechte, die der Bürger nur noch in seinem privaten Interesse und nicht auch im Blick auf seinen Nächsten und auf die Gemeinschaft ausübt, solche Grundrechte verkehren sich in ihr Gegenteil.

Denn der „Soll-Zustand“ der Demokratie ist nicht nur Sache der Institutionen. Er geht auch den Bürger an. Politikverdrossenheit ist nicht die richtige Antwort auf den Streit der Parteien, übrigens auch nicht auf einzelne Mißgriffe. Wie gefährlich die verächtliche Abwendung von der Politik sein kann, hat die Geschichte der Weimarer Republik in trauriger Deutlichkeit gezeigt. Der Streit der Parteien ist ein unverzichtbares Element der Demokratie, die ja nichts anderes ist als ein Wettbewerb der Ideen und damit infolgedessen ein Entdeckungsprozeß zur Lösung der Probleme des Gemeinwesens.

Es ist durchaus verständlich, daß manche Bürger sich von diesem Streit abgestoßen fühlen. Aber das bedeutet eben gerade nicht, daß sie sich damit ganz von der Politik abwenden können. Nicht Abwendung ist die richtige Reaktion, sondern Mitreden. Was im konkreten Fall das Gemeinwohl ist, das zu entscheiden, darf keiner Person und keiner Partei allein überlassen werden. ...

Unsere Autoren:

Dr. Wolfgang Schäuble, MdB
Bundeshaus
53113 Bonn

Jochen Borchert, MdB
Friedrich-Ebert-Allee 73-75
53113 Bonn

Carl-Dieter Spranger, MdB
Friedrich-Ebert-Allee 114-116
53113 Bonn

Bischof Rolf Koppe
Herrenhäuser Str. 12
30419 Hannover

Dr. Walter Allgaier
Meiserstr. 11
80333 München